

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863**

7.2.1863 (No. 32)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 7. Februar.

N. 32.

Vorabrechnung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 fr. und 2 fl. 8 fr.  
Einführungsgeld: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

## Telegramme.

**München, 6. Febr.** Die Nationalversammlung zu Athen hat die Thronentsagung Otto's bestätigt. Der bayerische Ministerpräsident hat befohlen sofort Athen verlassen. Er wird übermorgen hier eintreffen.

**Gotha, 5. Febr. (A. Z.)** Der Landtag beschloß heute einstimmig, dem Herzog den Dank und die Freude des Landes darüber auszusprechen, daß er das Anerbieten der Kandidatur für den griechischen Thron abgelehnt habe. Der sofort abgeordnete Deputation gab der Herzog seine Freude über die Theilnahme des Landes aufs wärmste zu erkennen.

**London, 5. Febr.** Die „Morn. Post“ glaubt, die tobenden Unterhandlungen seien definitiv abgeschlossen.

Die Hochzeit des Prinzen von Wales findet am 10. März statt.

**Turin, 4. Febr. (Wien. Presse.)** Rattazzi hat sich gestern mit der bekannten Prinzessin Solms verheiratet. Der Bischof von Fano ist wegen Verleitung der Truppen zum Treubruch angeklagt worden.

**Wien, 5. Febr.** Das hier erscheinende demokratische polnische Blatt „Dziennik Poznancki“ meldet: „Die Warschauer Regierung fange an, die Aushebungsmassregeln zurückzunehmen. Ein Befehl des Generals Ranssay gibt die in der Nacht vom 26. auf den 27. Jan. ausgehobenen Personen frei. Wie weit der Befehl ausgeführt wurde, ist unbekannt. Die Ausführung in Suwalki und Petrikau steht fest.“

**Breslau, 5. Febr.** Eine Warschauer Korrespondenz der heutigen „Bresl. Ztg.“ meldet, daß sich im Radom'schen Kreise die Jungmänner organisiert hätten, wohl bewaffnet und auch mit Kavallerie versehen seien. Sie schätzt die Anzahl derselben auf 15,000.

**Krausau, 6. Febr.** Dem heutigen „Gaz.“ zufolge zerstreute Langiewicz eine von Kielec nach Suchedonin (?) abgeschickte (russische) Truppenabtheilung und machte viele Gefangene. Die bei Kasimierz gestandene, 2000 Mann starke Bande verließ die Stadt; es ist unbekannt, wohin sie sich gewendet hat. Von Koczyn bis Jawiszot wurden die Grenztruppen entwaffnet. Sandoniz ist von den Russen verlassen worden. Die Wiener Nachricht von dem von Langiewicz bei Kolobnia gelieferten Treffen ist erfunden.

**Lemberg, 6. Febr.** Die russischen Truppen haben Tomaszow wieder genommen.

**Bucharest, 5. Febr. (A. Z.)** In der gestrigen Sitzung der Kammer fand die Verlesung des von 40 Deputirten aller Farben unterzeichneten Amendements zu der Adresse der Kammer, welche die Antwort auf die Thronrede des Fürsten bildete, statt. Dasselbe gibt eine Uebersicht über die Lage des Landes seit dem Pariser Vertrag, und weist nach, daß, wenn die Erregungen, welche das Land dem Pariser Vertrag, der Konvention und der definitiven Vereinigung verdankt,

nicht jene Früchte getragen haben, die man zu erwarten berechtigt war, die Ursache nur darin zu suchen ist, daß die Regierung nicht dem konstitutionellen Regime gehuldigt hat. Die Adresse schließt: Es ist schmerzlich, Ihnen und der Welt die Wunden der Nation in ihrer ganzen Nacktheit zu enthüllen. Wir halten es jedoch für unsere Pflicht, die Nationalleiden vor den Thron unseres Erwählten zu bringen, damit der Fürst, sowie wir und das Land sich überzeugen, daß das Uebel den Kulminationspunkt erreicht hat, und damit die Regierung den für die Landesinteressen nachtheiligen Irrweg verlasse, den sie wandelt. Dann, wenn alle Staatsgewalten in Uebereinstimmung handeln, wird Rumänien auch in der Lage sein, die Krisis vorthellhaft zu überwinden, welche sich um uns herum vorbereitet, und welche vielleicht berufen ist, die Gestaltung des Orients zu ändern.

## \* Aus dem preussischen Herrenhause.

Abredebatte.

**Berlin, 5. Febr.** Am Ministerische, Anfangs: Graf Jzuply, v. Rühl, Graf z. Lippe und Graf Eulenb. Auf der Tagesordnung steht die Berathung der an die Krone zu richtenden Adresse. Zunächst ergreift das Wort der Berichterstatter

Graf v. Arnim-Boymburg: Die Gesichtspunkte, von denen die Antragsteller ausgegangen, liegen in der Adresse vor. Er werde daher erst nach der Debatte auf Einzelheiten eingehen und empfehle für jetzt die Annahme des Entwurfs mit möglichster Einstimmigkeit.

Frhr. v. Gaffron (als Antragsteller): Er und seine Freunde hätten beabsichtigt, dem Gesichte Worte zu verleihen, das von der Mehrheit der Mitglieder getheilt werde. Bisher habe das Herrenhaus nur selten und in wichtigen Fällen vom Recht, eine Adresse zu beschließen, Gebrauch gemacht. Jetzt aber sei dies nothwendig. Der Entwurf beruhe auf dem Grundsatz des Rechtshauptes, der Rechtssicherheit. Er wolle keine Verletzung der Rechte der Landesvertretung, aber zugleich ein starkes Königthum, wie es bei uns geschichtlich begründet sei. Die Regierung habe anerkannt, die Rechte der Krone müßten innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen aufrecht erhalten werden, und ebenso die Wehrkraft des Landes. Dankbar sei dies anzuerkennen. Es liege kein Verfassungsbruch vor, und mit Vertrauen könne man auf die Krone blicken und mit der Zuversicht, daß sie auch ferner auf dem bisherigen Wege verfahren würden. Nur die Gefühle der Liebe und Treue des Vaterlandes leiten die Antragsteller; sie seien sich aber bewußt, nicht nur ein vereinzelter Theil des Volkes zu sein, sondern auf allgemeine Zustimmung rechnen zu dürfen. In diesem Bewußtsein ersuche er, den Entwurf anzunehmen.

Frhr. v. Zedlitz: Was er früher bei der Grundsteuerfrage prophezeit, sei leider eingetroffen. Das Land sei in ernster Lage und er möchte die Worte Schiller's anwenden:

Das Land ist schwer bedrängt, wer hat's  
Geführt in diese Noth?

Von allen Seiten seien Fehler gemacht worden, auch von der konservativen Partei. Die Hauptschuld aber sei den Männern der neuen Aera zuzuschreiben. Kaum habe sich des vorigen Königs Majestät auf sein Leidenlager niedergelegt, so habe eine zügellose Presse von einer zehnjährigen Mißregierung gesprochen und die Autorität untergraben, von welcher Saat jetzt die bittere Frucht geerntet werden müsse. Ein Staatsmann der neuen Aera habe gesagt, unter einer konstitutionellen Regierung gebe es keine Demofrazen; er sei bald widerlegt worden. Der budgetlose Zustand und der Streit über die Verfassungsbestim-

mungen seien nicht die Hauptsache. Es gelte einen Kampf des Christ's gegen den Antichrist, es gelte den Kampf gegen die Feinde aller göttlichen und menschlichen Ordnung. In dieser Beziehung hätte er die Adresse weit schärfer gewünscht; indessen beantrage er ihre Annahme auch so, wie sie jetzt ist. (Der Ministerpräsident v. Bismarck ist eingetreten.)

Graf Kraffow: Es sei rathsam, von dieser Stätte ein Zeugniß abzulegen, wie das Haus die Lage des Landes auffasse. In dieser Beziehung hätte er gewünscht, die Adresse hätte eine deutlichere Sprache geführt und sich nicht bloß in Andeutungen ergangen. Dennoch wünsche er derselben eine größtmögliche Einstimmigkeit. Es sei ein Irrthum, daß es sich nur um Auslegung von Verfassungsbestimmungen handle, und derselbe werde hauptsächlich von der Fortschrittspartei genährt. Der Streit um die Interpretation sei ein Produkt des Konflikts, nicht seine Ursache. Der Kern des Konflikts sei der Kampf um das selbständige Königthum. Man gebe sich zwar als Stütze derselben aus, aber auch der Hebel, den man ansehe, um den Stein umzuwälzen, fülle eine Zeitlang den Stein. Er hoffe indessen, der Hebel werde zerplittern. Es handle sich darum, den König als obersten Kriegsherrn aufrecht zu erhalten und das Heer davor zu schützen, daß es ein Parlamentsheer werde. Man behauptet zwar, die Selbständigkeit seiner Majestät nicht antasten zu wollen; man bestreitet ihm nicht die Berechtigung, Offiziere zu ernennen u. s. w. Das Königthum sei, Alter, als die Verfassung; es könnte von sich sagen, wie im Evangelium steht: „Nicht Ihr habt Euch erwählt, ich habe Euch erwählt!“ Man habe die Ziele des Kampfes mit Entrüstung gelächelt, habe dagegen gestöhnt, daß es sich darum handle, ob Königthum, ob parlamentarisches Regiment. Das Haus übersehe aber diese Seite der Sache nicht. Der Gegensatz hätte aber auch so gefaßt werden können: ob königliches oder bürokratisches Regiment? Schon vor 1848 habe die Bureaucratie die Macht des Königs so aufgefaßt, daß der König nicht seinen Willen habe geltend machen können. Er schäme es sich zur Ehre, dem Beamtenstande anzugehören, sei aber nicht blind gegen dessen Schwächen. In der früheren Macht der Beamten komme jetzt auch die Omnipotenz im Abgeordnetenhaus. Bei der schlechten sozialen Stellung des Beamten sei es sehr leicht, daß er in eine merkwürdige Oppositionsstellung gedrängt werde. Aber die Regierung könne unmöglich mit oppositionellen Beamten regieren. Das säher auch die ein, welche jetzt am lauteften über Maßregelungen schreien. Gleichwohl sei es in der Ordnung, daß die Adresse hierüber schweige. Nothwendig sei es, der Regierung Anerkennung und Dank für ihr Verhalten öffentlich auszusprechen. Möge es derselben gelingen, die Beamten wieder in eine Stellung zu bringen, wo es möglich, Disziplin zu üben. Er hätte in der Adresse eine Sprache gewünscht, die mehr von Herzen zu Herzen ginge, wie Landesfürst zu dem Landesvater sprechen sollten. Die Adresse sei ihm zu diplomatisch; er kenne die Gründe für diese Fassung nicht und werde für dieselbe stimmen.

Fr. Graf Brühl: Er sei wohl mit dem ersten Theil der Adresse ganz einverstanden; nicht aber mit den daraus gezogenen Schlußfolgerungen. In Abt. 8 werde von einem deutschen Worte gesprochen: Landesvater; dies könnte durch zwei Worte eben so deutsch ersetzt werden: „Herr und Untertan.“ Der Herr und König von Gottesgnaden dürfe nicht unziemlichen Forderungen nachgeben; ohne seine Macht zu verlieren. Abt. 3 sei wahr, aber es dürfe nicht jede Wahrheit stets gesagt werden. Es heiße der Entscheidung der Krone vorkommen, wenn das Haus sage, der Augenblick der Nothwehr sei noch nicht gekommen. Er danke Gott, daß er darüber nicht zu entscheiden habe; aber er glaube, der Augenblick sei gekommen. Auch ziemte es sich nicht, immer auf die Schranken der Verfassung hinzuweisen. Er glaube; die Verfassung sei von einer Seite getroffen und es werde sich bald um die Frage handeln: Verfassung ohne Königthum oder Königthum

## △ Cäcil, die Vöglin aus dem Kobel.

(Fortsetzung aus Nr. 31.)

Der Alte schaute den rechtsigen jungen Menschen sorgfältig an, und sagte seinen Erwägungen zuletzt die Frage entgegen: ob er der neue Schullehrer sei, den man, wie es heiße, im Thal bekommen solle? Und nachdem ihm der David beim Fortgehen ein paar Bahen in die starrte Hand gedrückt, schaute er ihm verwundert noch eine Weile nach.

Das holperige Sträßchen war heut auffallend besetzt von Fuhrwerk und Reitern, die, wie man am Kleiderstaat der Leute abnehmen konnte, alle der Hochzeit wegen daher kamen. — David schlug den näheren Fußweg über die Berge ein; er führte direkt zum Wirthshaus „Zur Linde“, wo die Hochzeit abgehalten wurde. — Auf der Höhe angelangt, erblickte er zum ersten Mal wieder die mit Schindeln beschlagene Sichelwand des Wasserhofes, die zwischen Bäumen aus dem nicht mehr fernen Kobel hervorlugte. Das obere Fenster dort gehörte zu seiner ehemaligen Schlafkammer; es kam ihm vor wie ein Auge, das weithin nach ihm ausschaut. — Am Fuße des breiten Bergrückens lag die Linde. Es ging dort schon so laut und lebhaft zu, als hätte das ganze Kirchspiel sich vor dem Hause versammelt. Vor den Stallungen und Oefenmauergebänden sah man eine förmliche Wagenburg von Bernerwägelin und Litterwägen; und als David, nicht ohne Herzlophen, näher gekommen, erblickte er zu seiner Verwunderung das wohlbekannte Schützenkorps des Thales in Reich und Glied vor dem Wirthshaus aufgestellt. — Zu jeder andern Zeit würde das Erscheinen eines Fremden Aufsehen erregt haben; heute, wo Jedermann nur mit der Hochzeit und ihren Hauptpersonen beschäftigt war, schenkte man ihm keine Acht.

Glücklich und unbeschrien steuerte er durch die wartende und gaffende Menge hindurch, und mit einem Satz sprang er die Staffeln des Wirthshauses hinauf, ohne sich nur Zeit zu nehmen, den über der

Thüre angebrachten, schön mit Blumen und Goldpapier verzierten „Willkomm“ zu lesen. — Aus der offenen Thüre der Trinkstube stüthete dem fremden Gaste einladender Duft wohlbestellter Tafeln und verworrenes Geräusch einer freudig erregten Menge entgegen. — Auf der Schwelle aber hätte er beinahe das Unglück gehabt, eine jungfräulich bekante Schöne, die mit einem Teller voll Sträußen heranzuschreiten im Begriffe war, umzurennen. — Nach einem Moment gegenseitiger Ueberraschung platze er zuerst heraus: „Cäcil, bist Du's?“ und sie, feuerroth, rief: „Ja, der David!“

Und „der David!“ wiederholte es im Innern, „der David ist da!“ und von allen Seiten kamen Grüßende herbei; die hübsche, etwas ernst aussehende Braut, Tentur der Bräutigam, die alte Mutter, Vetter, Vaten, Bekannte und Uebekante — ein ganzer Schwarm.

Der Mutter standen Thränen in den Augen. Die ehelichen treuen Gesichtszüge zeigten Spuren, wenn nicht von Noth, doch von Sorgen. — Aber die Schweftern, denn als solche betrachtete er sie, wie hatten die sich entfaltet! Besonders die Cäcil. Das Kind, das er wie ein treuer Pudel oft geliebt, und wenn's zur Schule gegangen, auf dem Rücken über den tosenden Bach getragen — als tannenschlanke, münzliche Jungfrau stand sie vor ihm. — Doch war zu Betrachtungen und Vergleichen die Zeit nicht geeignet; jeden Augenblick konnte der vornehmste, ungeduldig erwartete Gast des Festes anrücken, Seine Gelehrtheit der Herr Obervoigt. — Ihm zu Ehren war heute auch die Schützenkompagnie ausgerückt — und zwar zum ersten Mal wieder seit den Kriegsjahren.

Nach der Auflösung der ortenanischen Landmiliz durfte an ein bewaffnetes Ausrücken der Landente nicht mehr gedacht werden. Erst nach wiedergekehrtem, wie man wählte für immer beständigen Frieden war es durch die eifrige Verwendung des Obervoigts dahin gekommen, daß sie im Thal bei festlichen Gelegenheiten wieder in Waffen paraden dürften. Der Obervoigt war einer der thätigsten Beförderer jener patriotischen Erhebung des Landvolks gewesen, und sein Verhältnis

zum Vogte im Kobel, der eine so wichtige Rolle dabei gespielt, konnte ein intimes genannt werden. Und das war auch der Grund, warum der alte Herr heute bei der Hochzeitsfeier der Tochter erscheinen wollte; die Schützen benützten die Gelegenheit, sowohl der Familie ihres weilsand Hauptmanns, als auch dem gnädigsten Protektor gebührende Ehre zu erweisen.

## III.

Ein Aekent, der zum ersten Mal im Feuer ergriffen. — Der Vortrag und die Zapfzeit.

Ehe David bei allen Freunden und Freundinnen die Kunde gemacht, dennerten die Böller vom hohen Waldsopf herab, ein prächtiges Echo im Thal awegend. Ein verabschiedeter Kreislos hat dort Wache, um mit Signalfächeln die Ankunst des Langstewarteten zu verkünden. Bald darauf sah man den wohlbekannten gelbblauen, mit Schimueln bespannten Schaulesassen die Straße daher fahren.

Vor dem Wirthshause gerieth sogleich Alles in Bewegung. Die Trommeln wirbelten, die Mannschaft präsentirte und der Säugrisenfeste die Ständarte. Und oben auf der Freitreppe des Wirthshauses standen die Hochzeitsleute und der Wirth zum landesüblichen Empfang bereit; der Wirth mit einem Glase Rothwein, die Ehrenmägde mit zierlichen Sträußen, welche, dem Zeremoniell gemäß, jeden Gast ausgehoben werden mußten. — Nachdem die Begrüßung verüber und der Obervoigt in's Haus eingetreten war, machten die Schützen sich fertig, eine Salve zu geben. Sie galt, wie der Hauptmann mit lauter Stimme verkündete, Seiner Gelehrtheit dem Herrn Obervoigt. Die zweite, rief er aus, „zu Ehren der Brautleute und aller Hochzeitsgäste.“ Ehe jedoch bei dieser zweiten der Kommandant das verhängnisvolle Feuer über seine Lippen bringen konnte, fragte es auf dem linken Flügel — und in langer Kette knatterten die Stüpen — zuletzt ganz vereinzelt noch einige Nachzügler. (Fortsetzung folgt.)

ohne Verfassung. Er werde wissen, auf welche Seite er sich zu stellen habe.

Indem wir hier abbrechen und die ausführlichere Mittheilung über den weiteren Verlauf der Verhandlungen (wofür es uns heute an Zeit und Raum fehlt) auf morgen verschieben, fügen wir über den Rest der Sitzung nur noch folgende telegraphische Notizen der „Köln. Ztg.“ bei:

Dr. v. Senfft-Pilsach bespricht den Unterschied von Stadt und Land; letzteres stellte 1813 unverhältnißmäßig mehr Streiter, als erstere. Er zitiert bei der Betonung des formellen Rechts Syllod. Nach dem vierten Gebote schuldete man dem König Ehrfurcht.

Dr. v. Klein-Rogow polemisiert gegen Johann Jacobi; die Gegenwart stehe auch äußerlich mit 1848 in Beziehung. Er wiederholt die Theorie der Verfassungsgläde unter Berufung auf Savigny und hofft ebenfalls die Auflösung des andern Hauses, aber zur rechten Zeit, wenn die Zerrettung aufgehört haben werde; man solle nur noch wenige Monate Geduld haben. (Heiterkeit.) Redner acceptirt die Benennung feindlich; die Lehensstreue sei ein fortzuerbendes Besitzthum. Er schließt: „Mit Gott für König und Vaterland! Nicht ohne Gott für deutsche Republik!“

Dr. v. Waldaw-Steinhövel: Das Recht der Selbsthaltung sei älter als alle Verfassungen; der Staat sei keine Baumwoll-Fabrik, welche bei ungünstiger Konjunktur geschlossen werde.

Dr. v. Rügge mann hält den jetzigen Zustand nicht verfassungswidrig, aber er dürfe nicht dauern; man sei zur Regelung und möglichst baldiger Beseitigung verpflichtet.

Die Generaldiskussion wurde hierauf geschlossen. Bei der Spezialdiskussion betonte Dr. v. Ritterberg die Vermeidung aller Schroffheiten in der Adresse.

Dr. Graf v. Arnim-Bohlenburg warnt vor Uebertreibung der Lehre vom Gehorsam; das Herrenhaus müsse auch das Recht des Widerstands wahren. Ein Rechtsbruch würde die Regierung nicht kräftigen; die Verfassungsgläde sei ergänzbar, nicht nach konstitutioneller Doktrin, sondern nach den bestehenden Gesetzen und Ordnungen. Die Differenz mit dem andern Hause gehöre nicht vor den Thron; bei der Wahl zwischen Scheinmonarchie und Scheinkonstitutionalismus sei das Herrenhaus nicht zweifelhaft. (Beifall.)

Das Resultat der Abstimmung ist bereits bekannt.

### \* Aus dem französischen Gesetzgeb. Körper. Adressdebatte.

Paris, 5. Febr. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers begann die Adressdebatte. Erster Redner ist

Dr. Plichon, der einen heftigen Angriff gegen die innere Verwaltung richtet und sich namentlich in bitteren Ausdrücken über das bestehende Preß- und Wahlsystem, über den Mißbrauch, den die Regierung mit der Aufstellung offizieller Kandidaten, mit der Abfassung der Wählerlisten und Eintheilung der Wahlbezirke treibe, was er Alles mit zahlreichen Beispielen zu belegen sucht.

Das Land — so schließt der Redner — ist der Revolution und der Willkür müde; es verlangt, daß die dem Monopol entzogene Presse nur mehr von dem Gesetz und den Gerichten abhängt. Es verlangt, daß die Wahlfreiheit fortan kein leeres Wort mehr sei. Der Kaiser hat gesagt, man müsse die individuelle Initiative begünstigen; dieselbe wird sich aber nur dann entwickeln, wenn das Land die Freiheit, sich zu bewegen, haben wird. Eine Regierung ist nur dann definitiv begründet, wenn sie auf der unerschütterlichen Basis der öffentlichen Freiheiten ruht.

Dr. Kolb-Bernard behandelt die auswärtigen Angelegenheiten. Er beginnt mit der Schilderung des wesentlichen Unterschieds in den Grundzügen der französischen und der englischen Politik. Letztere kommt dabei sehr übel weg. Ueberall fürchte man England, benütze es und mißtraue ihm; Frankreich aber sei allerwärts beliebt, Frankreich sei wirklich die einzige Nation, die für eine Idee kämpfe u. s. w. Von diesem Gesichtspunkte aus läßt sich nun der Redner die Länder, mit welchen Frankreich in seiner auswärtigen Politik in Berührung steht, der Reihe nach die Revue passieren: China, Cochinchina, Japan, Madagaskar, Griechenland, die Türkei und Egypten, Oesterreich, auf dessen innere Wiedergeburt Dr. Kolb-Bernard große Hoffnungen setzt, Rußland, das eine Menschenjagd in dem unglücklichen Polen angestellt, die keiner Konstriktion, sondern einer Prostriktion gleiche. In Bezug auf Mexiko verkennt der Redner die Rechtmäßigkeit und die Größe der von Frankreich dort verfolgten Resultate nicht. Es habe dort seine Ehre und sein Recht zu rächen, und gleichzeitig Mexiko im allgemeinen Interesse davor zu bewahren, daß es nicht den Verein. Staaten zur Beute werde.

Schließlich gelangt Dr. Kolb-Bernard zur italienischen Frage. Er findet darin zunächst ein französisches und ein katholisches, dann ein italienisches, ein europäisches und ganz zuletzt ein piemontesisches Interesse zu beachten. Für den Papst wird ein hinlänglich großes Gebiet verlangt, um ihm eine gewisse gouvernementale Kraft zu verleihen, und dann die „Stabilität“ dieses Gebiets. Und damit Beides zu Stande komme und garantiert werden könne, kann, nach der Ansicht des Redners, von einer italienischen Einheit keine Rede sein. Wäre sie auch nicht durch die Natur der Dinge schon verursacht, so wäre sie jedenfalls eine zu schwere Bürde für Piemont. Es müsse in Italien Alles wieder an die gehörige Stelle gesetzt werden. Ob diese Arbeit aber der Initiative Frankreichs anheimfalle, getraut sich der Redner doch nicht geradezu zu sagen, läßt aber in dieser Beziehung eine gewisse Zuversicht auf die jetzt die auswärtigen Angelegenheiten Frankreichs leitende Politik durchblicken.

Nachdem Graf Reille noch gesprochen, wird die allgemeine Diskussion geschlossen, und man geht zu dem §. 1 der Adresse über.

Comte Lemercier ergreift über die inneren Angelegenheiten das Wort, um in ähnlicher Weise wie Dr. Plichon die Verwaltung wegen ihrer Uebergriffe und Willkürmaßregeln gegen die Presse und die Wahlen zu kritisieren.

Als nach ihm Niemand mehr das Wort ergreift und die Regierungskommissäre schweigen, ruft Plichon: Man antwortet also nicht?

Dr. Baroche: Heute nicht. — §. 1 wird angenommen.

Ueber §. 2 ergreift Emil Dillier das Wort. Er will die Regierungspolitik von dem Gesichtspunkte aus untersuchen, ob sie dem Ideale, das man von ihr in sich trägt, und den daraus abgeleiteten praktischen Regeln entspreche oder nicht, und fühlt sich durch die kaiserl. Thronrede ganz besonders dazu aufgemuntert. Für jeden unparteiischen Beobachter zerfalle die Geschichte des Kaiserreichs in zwei Perioden, in die vor und in die nach der Proklamation von Mailand. In der ersten Periode sei Alles einfach und eins: eine starke Regierung, die alle Initiative ausübe, einer Nation gegenüber, die der Regierung alle Rechte übertragen habe und deren sämtliche Handlungen hinnehme. Von der Proklamation von Mailand an beginne die Politik des Widerspruchs und der Unsicherheit im Auswärtigen, wie im Innern; doch läßt der Redner bei Aufzählung der einzelnen Akte, welche diese Periode kennzeichnen, die Gelegenheit nicht vorbegehen, der Festigkeit, die sie nach außen, und der liberalen Tendenz, die sie nach innen mehrfach an den Tag gelegt, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; dabei aber verfährt er nicht, den ominösen Widerspruch, in dem die Politik des Hrn. Drouyn de Lhuys zu der des Hrn. Thouvenel, sowie die Maßregeln der Verwaltung zu den Worten des Kaisers stehen, ebenfalls in's Licht zu setzen. Das Kaiserreich sei zuerst eine absolute Regierung gewesen; heute sei es eine konstitutionelle Regierung, und er, der Redner, verlange, daß es nunmehr eine konstitutionelle Regierung werde.

Der Redner läßt sich nun zum Voraus auf die Erwiderungen ein, die ihm von Seiten der Regierungskommissäre gemacht werden könnten, namentlich auch den, daß man, um die englische Freiheit in Frankreich möglich zu machen, erst die Gewißheit haben müsse, daß die Dynastie allgemein anerkannt und fest begründet sei. Man habe die gleiche Forderung in England selbst nie gestellt und noch weniger erfüllt, und er weist durch Beispiele nach, daß die Preßfreiheit, selbst bis zur Zügellosigkeit, zu Zeiten bestanden hat, wo die hannoversche Dynastie noch lange nicht fest auf dem Throne saß. England habe die Freiheit nicht erlangt, weil es das Haus Hannover respektirt habe; sondern es habe das Haus Hannover respektirt, weil dieses ihm als der beste Wächter der Freiheit erschienen sei. Das habe aber keine Regierung in Frankreich noch begriffen. Alle hätten sie nur ihre Dynastien begründen wollen, und diese Dynastien seien gefallen; hätten sie dafür sich um Begründung der Freiheit gekümmert, so würde die Freiheit die Dynastie gehoben und gestärkt haben. In der Regierung sich wendend, ruft der Redner zum Schluß aus:

Wer bedrückt, wer bedroht Euch! Seht zu, habt Ihr je in unserer politischen Geschichte eine Regierung gefunden, der eine solche Zustimmung, wie Ihr sie rühmend für Euch in Anspruch nehmt, zu Theil geworden wäre? Eure Wahlen gehen überall einstimmig vor sich; Niemand widerspricht. Die Presse ist ganz in Euren Händen; in Euren offiziellen Berichten, in Euren Reden und Programmen verkündet Ihr, die Massen seien beruhigt; so aufreizbar sie früher gewesen, so gefügig seien sie heute durch das Vertrauen in Euch geworden. Ihr sagt, die Partei der Anarchie sei beseigt; also lautet das erste Wort, das der Kaiser an Euch richtet; er erklärt Euch, wie er die Auflösung dieser Kammer nicht verweigert hat, weil heute nur Jedermann abstimmt, die große Masse nicht mehr von dem geringen Hause angezogen wird, weil sie eine früher nie gekannte Festigkeit und Befähigung erlangt hat. Wohlan, da Dem so ist (Ihr sagt und veröffentlicht es ja), so frage ich Euch, wann und unter welchen Umständen werdet Ihr eine größere Achtung gebietende Kraft, als jetzt, besitzen? Wann wird Eure Dynastie fester stehen, als heute nach zwölf Jahren, innerhalb welcher keine Stimme gegen Euch laut wurde, und Ihr auf keinem Eurer Schritte auf irgend einen Widerstand stießt, innerhalb welcher Ihr Herren des Landes waret von einem Ende zum andern, und die Opposition trotz all ihrer Anstrengungen in dieser Kammer nur fünf Abgeordnete zu schiden vermochte, die ohnmächtig und ohne allen Einfluß auf Eure Entscheidungen geblieben sind? Wohlan, sagt uns, an welchem Zeichen wir erkennen sollen, daß Eure Dynastie feststeht?

Ihr sprecht uns immer von alten Parteien. Die alten Parteien! Wohin ich mich auch wende und wo ich auch suche, um zu entdecken, was Ihr unter alten Parteien versteht, so kommen mir einige lebensmüde Leute in den Sinn, die in ihrem ehrwürdigen Greisenalter Frankreich Ehre machen, indem sie auf die schönen Reden, die sie nicht mehr halten können, schöne Wörter folgen lassen, auf die wir Alle stolz sind. Es kommen mir, wenn Ihr von den alten Parteien sprecht, immer Männer in den Sinn, die so sehr vom Streit zurückgezogen, von der Aktion entfernt sind, daß Ihr, den Vortheil wohl begreifend, sie zu Euch heranzuziehen, durch das Organ des Hrn. v. Persigny in einem seiner ersten ministeriellen Rundschreiben den Präsen anempfohlen habt, Alles zu versuchen, um diese großen Individualitäten, die, nach Eurer Ansicht, mit Unrecht sich in die Vereinzelung zurückziehen, der Regierung, der sie durch ihren Namen und ihren Ruhm zum Schmutz gereichen sollen, zuzuführen.

Was Ihr also die alten Parteien nennt, ist nur ein Schredgespenst. Gewiß gibt es immer und wird es immer Leute geben, die Eure Ansichten über Verfassung und über viele andere Fragen nicht theilen werden. Es wird immer solche Leute geben; und wenn Ihr, um uns der Freiheit theilhaftig werden zu lassen, auf deren Aussehen wartet, o! glaubt mir, so werdet Ihr sehr lange warten müssen, und das ist nicht klug.

Ich schließe, m. H., und mein letztes Wort ist ein trauriger Rückblick auf die unfruchtbareren Bemühungen, die wir seit sechs Jahren in dieser Versammlung zur Verteidigung der Prinzipien unternommen, zu denen, nach unserer festen Ueberzeugung, Frankreich eines Tages zurückkehren wird. Das ist unsere heiligste Hoffnung. Wir fordern nicht vom Lande, nachdem es Alles ertragen, gar Nichts mehr zu ertragen. Eine derartige Politik würde weder der Freiheit, noch dem Fortschritt nützen; wir rufen es nicht zu einem Verschönerungswort, sondern zu einem Werke konstitutioneller Emanzipation auf; wir raten ihm, wohl eingedenk zu sein, daß, wenn man im Besitze gesetzlicher Mittel sich befindet, es sicherer und würdiger ist, die Freiheit zu nehmen, als sie zu erwarten. Wir raten ihm, nicht zu vergessen, daß, wenn seine Opposition ein böswilliger Akt (acte de mauvaaise foi), das unbedingte Gutheißen (l'approuver quand même) ein Irrthum, eine Schwäche, eine schlechte Berechnung ist. Also weder systematische Opposition, noch systematisches

Zusagen, sondern Unabhängigkeit und Gerechtigkeit, um der Freiheit würdig zu sein!

Mehrere Stimmen: Sehr gut, sehr gut! Der Präsident erklärt, daß die Diskussion den nächsten Tag fortgesetzt wird, und schließt die Sitzung.

### Deutschland.

Frankfurt, 5. Febr. Die heutige Bundestags-Sitzung war von sehr kurzer Dauer, und es kamen darin fast nur laufende Geschäfte von untergeordneter Bedeutung vor. Das Wichtigste war eine Erklärung von Bayern, worin es nachträglich seine Zustimmung zu der nach der Schlussziehung über die Delegirtenfrage in der Sitzung vom 22. v. M. Seitens Oesterreichs abgegebenen Erklärung ausspricht. — Zur Anzeige kam, daß die Stimmführung in der 16. Kurie von Hessen-Homburg auf Liechtenstein übergeht. — Mehrere Staaten, darunter Oesterreich, Bayern, Sachsen, beide Hessen, übergaben Standeslisten. — Preußen zeigte die Beförderung des bisherigen Kommandanten von Luxemburg, Generalmajor v. Voigts-Rheeds, zum Kommandeur der 7. Division an.

Kassel, 4. Jan. (Fr. Z.) Die insgeheim betriebene Bildung eines reaktionären Ministeriums scheint nunmehr gelungen zu sein; die Ernennung des Obersten v. Ende zum Generaladjutanten soll eine Bedingung des zu erwartenden Kriegsministers, des Generals v. Schenk, sein; allen Anzeichen nach wird die Entlassung des Ministeriums Sternberg in der Kürze erfolgen. Friede zwischen Ministerium und Ständeversammlung ist ein Aergerniß, das in Kurhessen niemals gebildet wird.

Hannover, 4. Febr. Die Synodalkommission wurde gestern, wie die „N. H. Z.“ berichtet, durch eine Ansprache des Kultusministers Richtenberg eröffnet. Alle 14 Kommissionsmitglieder waren anwesend.

Bremen, 4. Febr. (Wes.-Z.) Zur Reise nach Oesterreich bedürfen bremische Staatsangehörige keines besondern Gesandtschafts- oder Konsulatsvisas mehr, da in Folge getroffener Uebereinkunft zwischen beiden Staaten zum Eintritt in die beiderseitigen Gebiete eine einfache Reiselegitimation (Paßkarte) genügt.

Berlin, 4. Febr. Das Gedächtnisfest des 3. Febr. wurde gestern hier mit mannichfachen Feierlichkeiten begangen. Um 10 Uhr versammelten sich die Kommunalbehörden zum Gottesdienst in der Nikolai-Kirche. An dieser kirchlichen Feier nahmen zahlreiche Veteranen der Freiheitskriege Theil. Um 12 Uhr Mittags traten der Magistrat und die Stadtverordneten im königlichen Rathhause zu einer außerordentlichen öffentlichen Sitzung zusammen. Dieselbe wurde von dem Stadtverordneten-Vorsteher Kochmann mit einer Ansprache eröffnet, deren Schluß die Mittheilung enthielt, daß die städtischen Behörden übereingekommen seien, den hier noch lebenden Wittkämpfern des Befreiungskampfes einen besondern Dankesausdruck darzubringen. Demgemäß machte der Bürgermeister Hedemann kund, es sei beschloffen worden: den hiesigen hilfsbedürftigen Veteranen ein Ehrengeschenk von je 10 Thln. zu gewähren; außerdem zur dauernden Unterstützung eine Summe bis zu 30,000 Thln. jährlich, untererst auf drei Jahre, zur Verfügung zu stellen; endlich für das beste, an die Schuljugend zu vertheilende Werk über die Freiheitskriege von 1813—1815 eine Prämie von 500 Thln. Gold auszugeben. Nachmittags waren die Mitglieder der städtischen Körperschaften nebst zahlreichen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses im Saal der Therbusch'schen Ressource zu einem Festmahl vereinigt.

Von Seiten der Veteranenvereine wurde der gestrige Gedentag ebenfalls durch Festmahl gefeiert, welche durch das Erscheinen Sr. Maj. des Königs noch eine besondere Bedeutung erhielten. Im Weser'schen Saal unter den Linden hatten sich die Mitglieder des Freiwilligenvereins sehr zahlreich eingefunden. Der König erschien während der Tafel und richtete an die alten Krieger eine erhabende Ansprache. Nach einigem Verweilen begab sich Sr. Majestät nach dem Englischen Hause, wo der Verein der freiwilligen Jäger und Kampfgenoßen sein Festmahl veranstaltet hatte. Auch hier brachte der König einen Toast aus.

Am Krieger-Denkmal auf dem Kreuzberg fanden gestern drei verschiedene Feierlichkeiten statt. Bereits um 6 Uhr Morgens versammelte sich dort eine bedeutende Zahl von Turnern, welche mit Gesang und einer Festrede den vaterländischen Erinnerungstag begingen. Um 12 Uhr Mittags geschah Gleiches von Seiten der im Festzuge mit Fahnen und Musik ankommenen Studentenschaft, mit welcher sich die Studirenden der Bauakademie und der Bergakademie vereinigt hatten. Um 2 Uhr traf der ebenfalls von Fahnen und Musik begleitete Festzug der Schützen-, Sängers- und Turnervereine auf dem Kreuzberg ein. Zum Schluß der Feier wurden von diesen den Kriegerstatuen des Monuments Vorbeertränke auf's Haupt gesetzt. Abends zwischen 6 und 7 Uhr bewegte sich ein glänzender Fackelzug der Studentenschaft vom Wilhelmplatz nach der Viktoriastraße am Belle-Alliance-Platz, wo ein patriotisches Lied gesungen und dann nach dem Dönhofsplatz gezogen wurde, woselbst unter den Klängen des Gaudemus die Verbrennung der Fackeln erfolgte. Hierauf begann der studentische Festkommers. Die ganze gefirzte Feier war vom herrlichsten Wetter begünstigt und versammelte namentlich auf dem Kreuzberg, sowie auf den Wegen der Festzüge überall dichte Menschenmassen.

Sr. Maj. der König empfing heute den Besuch des Großherzogs von Oldenburg, welcher auf der Reise nach St. Petersburg gestern hier eingetroffen ist. Sr. Königl. Hoheit gedenkt dieser Tage zusammen mit Sr. Großh. Hoheit dem Prinzen Wilhelm von Baden nach der russischen Hauptstadt weiter zu reisen.

Berlin, 4. Febr. Aus der gestrigen Sitzung der Bundestagskommission ist noch anzuführen, daß von Anfang an ein Antrag von Kolb vorlag, welcher sich im Wesentlichen

dadurch von der Fortenbed'schen Resolution unterschied, daß er die Verpflichtung der Regierung zur gesetzlichen Regelung des Etats für 1862 festhielt und demgemäß die Regierung aufforderte, dem Hause in kürzester Frist die hierfür erforderlichen Vorlagen zu machen. Hiergegen machte v. Forckenbeck, indem er seinen Antrag einbrachte, geltend:

Eine eigentliche Etatsfeststellung für 1862 durch ein förmliches Gesetz sei nicht mehr möglich; die Beratung für 1863 sei nicht an die für 1862 unbedingt gebunden, eine ausdrückliche Kontinuität finde nicht statt; die Regierung aufzufordern (Punkt 2 des Klop'schen Antrags), helfe nichts; sie habe selbst schon durch den Finanzminister den 15. März als Termin zur Einbringung ihrer Vorlage für 1862 bezeichnet. Aber die Stellung, welche die Regierung zu dem Budgetbewilligungs-Recht der Landesvertretung einnehme, verpflichte zu einer Rechtsverwahrung; die Regierung führe die Landesvertretung auf den Stand des vereinigten Landtags zurück, lege das Budget gleichsam zur Information vor u. s. w. (Redner entwickelt im Einzelnen die bekannte Theorie der budgetlosen Regierung.) In ihren mündlichen Aeußerungen wichen die Minister von einander ab; der Finanzminister gebe doch wenigstens das Recht der nachträglichen Sanctionierung zu und spreche damit indirekt die Haftbarkeit der Minister für die nachher nicht sanctionirten Ausgaben aus. In die Beratung des Budgets für 1863 sei aber einzutreten, weil das Haus nicht seinerseits zur Verlängerung des verfassungswidrigen Zustandes beitragen dürfe. Indes nicht so sei einzutreten, als wenn gar nichts vorgefallen wäre. Eine Rechtsverwahrung sei einzulegen.

Den Standpunkt der Regierung entwickelte der Regierungskommissär, Geh. Rath Wölle, dahin:

Ein Etatsgesetz könne nicht mehr vorgelegt werden; die Regierung habe gar nicht dem Hause zumuthen mögen, jetzt noch ein solches durchzuberathen: ein Etatsgesetz sei die Grundlage, wie verwaltet werden solle; jetzt handle es sich darum, wie verwaltet worden ist. Der Abschluß für 1862 sei vor Mitte März nicht möglich wegen der Rechnungen der Zollvereins-Kassen und dergleichen. Die Oberrechnungskammer müsse für ihre Rechnungsprüfungen allerdings einen Anhalt haben; aber für jeden Reffort läge der Etat vor; für das Haus würde die vorzulegende Rechnung den Anhalt gewähren. Aus einseitigen Beschlüssen des Hauses der Abgeordneten allein habe die Regierung kein Recht für sich entnommen, auch wenn sie zu ihren Gunsten gewesen, z. B. bei Gehalts erhöhungen und dergleichen. Gegen Fortenbed: verfassungswidrig habe die Regierung nicht gehandelt, wenn auch der Zustand, wie auch der Finanzminister schon bemerkt, kein verfassungsmäßiger sei; also den Ausdruck „Verfassungverletzung“ könne die Regierung nicht acceptiren.

Abg. Klop zog sodann im Laufe der Diskussion seinen Antrag zu Gunsten des Fortenbed'schen zurück.

Die Worte, welche Sr. Maj. der König gestern bei dem Festmahle des Vereins der Freiwilligen sprach, gehen ungefähr dahin:

Es sei ihm Bedürfnis, heute in der Mitte der Festgenossen zu erscheinen, um ihnen Dank zu sagen für ihre bereits bewiesene Aufopferung, Hingebung und Tapferkeit, für die Bereitwilligkeit, mit der sie dem Rufe seines hochseligen Vaters gefolgt seien. Dieser habe sie geführt zu Kampf und Sieg, sein hochseliger königlicher Bruder und er selbst habe die Mühen und Gefahren der Truppen getheilt; an die damaligen Großthaten wolle er erinnern und daran die Hoffnung knüpfen, daß die Söhne und Enkel dereinst eben so bereitwillig dem königlichen Rufe folgen werden, wenn es gilt, für König und Vaterland einzustehen.

Im Verein der freiwilligen Jäger und Kampfgenossen sprach der König:

Ich bin in Ihrer Mitte, die Sie heute das fünfzigjährige Jubeljahr des Aufrufs zu den Waffen begehen, erschienen, um Ihnen den Dank des Königs auszusprechen, dessen Ruf Sie damals so bereitwillig Folge leisteten. Mögen die Gesinnungen, die Sie damals belebte, fortleben in Ihren Nachkommen, und mögen, wenn das Vaterland ruft, wie damals seine Söhne zum Schutze des Thrones und des Vaterlandes eilen. Gedenken Sie in tiefer Wehmuth zunächst der beiden Könige, welche an Ihrer Spitze gefochten, dann aber bringen Sie mit Jubel dem Vaterlande und dem Heere ein Hoch. Das theure Vaterland und das Heer, sie leben hoch!

Gerüchte sprechen von einer bevorstehenden Verletzung des Justizministers Grafen v. Lippe in eine richterliche Stellung. — General v. Alvensleben ist vor einigen Tagen nach St. Petersburg, und Major v. Rench nach Warschau abgegangen. Ihre Sendung betrifft offenbar die polnische Insurrektion.

**Wien**, 3. Febr. Die „Gen.-Korresp.“ bemerkt: Von dem erneuten Zusammentritt der Wiener Gesandtenkonferenz ist in deutschen Blättern wiederholt und in sehr bestimmter Weise die Rede. Jedenfalls dürften diese Gerüchte als zur Zeit noch verfrüht zu bezeichnen sein.

**Frankreich.**

**Paris**, 5. Febr. Die allgemeine Diskussion über die Adresse im Gesetzgebenden Körper wurde bereits gestern geschlossen, und man glaubt, daß die Debatten über die einzelnen Paragraphen nächsten Samstag, längstens Montag beendet sein werden. Wie nicht mit Unrecht war behauptet worden, man sei im voraus übereingekommen, die Opposition der „Fünfe“ todt zu schweigen, und schon in der gestrigen Sitzung konnte man bemerken, wie Hr. Baroche auf die Frage des Hrn. Plüschon: „Man antwortet also nicht?“ — kurz erwiderte: „Nicht heute!“ — Die Rollen sind übrigens vertheilt. Hr. Billault wird im Gesetzgeb. Körper sich über die polnische Angelegenheit und Minister Baroche über die Amendements der Fünfe vernehmen lassen. In Gesetzgeb. Körper gibt man sich überdies den Anschein, gegen die Autoren dieser Amendements sehr aufgebracht zu sein, weil diese Anträge den Weg in die „Opinion nation.“ gefunden hätten, bevor sie auf dem Bureau des Palais Bourbon niedergelegt waren.

Nach Privatberichten aus Madrid käme Hr. v. Isturiz mit Weisungen, die geeignet wären, hinsichtlich der merikanischen Angelegenheit ein Einverständnis zwischen beiden Kabinetten herbeizuführen. Die „Patrie“ glaubt an diese Nachricht die Bemerkung knüpfen zu können, daß, sobald die französischen Truppen in Mexiko sind, Unterhandlungen eröffnet werden sollen, um an Stelle der militärischen Aktion das

diplomatische Wirken der drei Kabinette treten zu lassen. — Einstweilen werden bekanntlich abermals neue Verstärkungen nach Mexiko abgeschickt und ein Adjutant des Kriegsministers, Major Merlin, ging heute nach Cherbourg, um die Einschiffung der Truppen zu beschleunigen. — Die Unterhandlungen wegen des Handelsvertrags mit der Schweiz gehen rasch vorwärts; zweimal wöchentlich finden in Gegenwart des Hrn. Drouyn de Lhuys, des Hrn. Kern u. Konferenzen statt.

Das „Pays“ bringt Nachrichten über die am 17. Dez. in Cochinchina ausgebrochene Insurrektion. Dem zwanzigmal überlegenen Feind, welcher die Franzosen zu Saigon Nacht überfiel, gelang es, in die Forts einzudringen, doch wurde er energisch zurückgeschlagen. Man schlug sich Mann gegen Mann und in mehreren Posten blieb kein Soldat unverwundet. Unter den Anamiten, welche sich mit ungläublicher Hartnäckigkeit schlugen, wurde ein furchtbares Blutbad angerichtet; mehr als 2000 wurden gefangen. Man will bemerkt haben, daß fast alle diese Leute betrunken waren. — In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers sprach Hr. v. Baroche. Zu §§. 5 und 6 des Abrejentour's wurden Amendements gestellt; ersteres bedauert den Mißerfolg der Vermittlungsversuche in Amerika; letzteres empfiehlt Baumwoll-Anpflanzungen am Senegal und in Algier. — Börse fest. Rente 70.50. Nov. 1182.50.

**Rußland und Polen.**

**Warschau**, 1. Febr. (Dr. J.) Die Nachrichten aus der Provinz sind sehr mangelhaft. Die Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen werden fortwährend gestört. Gewiß ist, daß die große Brücke über die Pilica bei Bialobrzegi von den Insurgenten abgebrannt und somit die direkte Verbindung der Hauptstadt mit Radom unterbrochen ist. Die Postwagen sind schon oft angehalten und bedeutende Summen weggenommen worden. In Folge dessen nimmt das Postamt keine Gelder zur Beförderung nach dem In- und Auslande mehr an. Es ist unwahr, daß Privatpersonen von Insurgenten gesplündert worden sind. Im Gegentheil, man hat sogar Militärpersonen nach ihrer Entwaffnung ruhig weiter ziehen lassen. Der Generalintendant General Senielnikoff fuhr in Begleitung eines Gendarmen und führte viel Geld bei sich. Er wurde von Insurgenten angehalten und fragte sie, ob sie Geld suchten; man antwortete ihm, man verlange nur die Waffen, die er und der Gendarm bei sich führten. Auch der Petersburger Zug wurde angehalten, in welchem sich der Ingenieurgeneral Zeichner mit mehreren Gardeoffizieren befand. Die Insurgenten nahmen diesen Herren ihre Waffen und erklärten ihnen in französischer Sprache, sie könnten nun ruhig nach Warschau weiter reisen; nur mache man sie aufmerksam, daß sie mit derselben Eisenbahn nicht zurückkehren werden, da die Bahn zerstört werden würde. Der im Postwagen erschoffene Russe, Hr. Tscherskoff, war nicht General, sondern Beamter in der Kanzlei des Großfürsten-Stalthalters. Er und eine polnische Dame waren die einzigen Passagiere; man bat die Letztere, sie möchte entschuldigen, daß man sie störe; man müsse sie eruchen, auszuscheiden, und nach Geschehenem feuerte man einen Revolver gegen Tscherskoff ab.

Das Gerücht, daß die Polen dem Großfürsten Konstantin die Königskrone anbieten wollen, ist wohl blos deshalb in Kurs gesetzt worden, um entweder die Massen wankend zu machen, oder um wenigstens deren Aufmerksamkeit von den jetzigen Vorgängen etwas abzulenken, denn das Programm der Agitationspartei ist gänzliche Kostrennung von Rußland. Die Agitationspartei warnt bei jeder Gelegenheit das Volk, den falschen Vorpiegelungen der Regierung ja niemals zu trauen. Merkwürdig bei den jetzigen Vorgängen bleibt die Tollkühnheit, welche die Insurgenten befehlen. Es ist ein in Fanatismus ausgearteter Patriotismus, der die Insurgenten auf die Schlachtbank führt. Alte ergraute Männer stüchzen mit ihren Söhnen, Knaben von 16 Jahren verlassen heimlich das elterliche Haus, um sich den Aufständischen anzuschließen. Der Groll der ganzen Nation hat sich gegen den Marquis Wielopolski gewendet; alle Welt beschuldigt ihn, daß er allein den jetzigen Zustand herbeigeführt habe.

Wie ich so eben höre, sollen sich bedeutende Insurgentenbanden in der Nähe von Petrikau, ebenso zwischen den Städten Kaluschyn, Wengross, Solokoff und Siedlce gezeigt haben. Alle Frauen, reich und arm, beschäftigen sich jetzt mit Charpiezupfen für die Verwundeten. Man versichert, daß die Soldaten, die bei Plozk ihren Offizier aus den Händen der Insurgenten gerettet haben, den St.-Georgs-Orden erhalten haben. Im Theater wird vor leeren Bänken fortgespielt, dagegen sind die anstoßenden Redoutensäle in Militärkasernen umgewandelt worden.

**Baden.**

**Freiburg**, 5. Febr. (Bölg. Btg.) Heute wurde unter Leitung des Hrn. Geh. Rathes Schaaff die Abgeordnetenwahl für den 14. Wahlbezirk (ehemalige Aemter Waldkirch, Elzach und H. Landamt Freiburg) vorgenommen. Von 61 erschienenen Wahlmännern erhielt Hr. Hofgerichts-Rath Fr. Meyer in Konstanz 34, Altvogt Helmle von Elzach 21, und Bauer Chr. Reich von Buchholz 6 Stimmen. Der Erstere soll sich schon vorher zur Annahme einer auf ihn fallenden Wahl bereit erklärt haben.

**Freiburg**, 5. Febr. (Freibr. Btg.) Heute war der große Bürgerauschuß versammelt und wurden demselben zwei Anträge des Gemeinderaths zur Beschlußfassung vorgelegt. Der eine betraf die Erhöhung des bisherigen baaren Zuschusses zum Theater auf jährliche 6000 fl., ohne Einrechnung der bisherigen Naturalleistungen als: unentgeltliche Ueberlassung des Hauses sammt Dekorationen, Benützung der Garderobe, Bibliothek, Musikalienammlung u.; der andere aber die theilweise Verlegung und beziehungsweise Veräußerung des sogenannten Sailerhässchens (zwischen dem erzbischöflichen Garten und den Fabrikgebäuden der H. H. Nöcker, Dufloy und Komp. hinziehend). Beide Anträge wurden genehmigt, und zwar der letztere dahin, daß dieses Hässchen ganz einzugehen habe. Die Einmüthigkeit der Beschlüsse bekundete wiederholt die befehlende

Uebereinstimmung unserer bürgerlichen Kollegien in allen, die Förderung des Gemeindeinteresses betreffenden Angelegenheiten.

**Vermischte Nachrichten.**

— Auf dem „Sala-Maslenball“, den der Köliner „Narren-Landtag“ am 1. Febr. auf dem Bürgerich abhielt, fand eine drohliche Bilderverlosung statt. Man hatte nämlich aus einem Porträt das Gesicht herausgeschnitten, und nun steckten verschiedene höchst närrische Persönlichkeiten in heiterer Reihenfolge ihre Köpfe durch die Oeffnung; Porträts von so entsprechender Rehnlichkeit sind wohl noch nie erlebt worden. Indes wurden die getäuschten Damen sofort enttäuscht, denn das Porträt, welches sie gewannen, bekam gleich dem Marmor Pnygmalions wirkliches Leben; der galanteste Tänzer trat aus dem Rahmen hervor und bot der Gewinnenden seinen Arm dar.

— Leipzig, 1. Febr. (Sch. M.) Der hiesige Verein von Freunden der Erdkunde hat folgende Preisfrage ausgeschrieben: „Welche sind die geographisch-statistischen und politisch-kommerziellen Verhältnisse derjenigen Länder, nach denen in neuerer Zeit der Zug der deutschen Auswanderer vorzugsweise gerichtet gewesen ist, und welche Länder empfehlen sich hiernach am meisten für eine wohlorganisirte deutsche Kolonisation?“ Es wird bei Bearbeitung dieser Aufgabe nicht nur auf Klima, Bodengefaltung, Bewässerung, Kulturfähigkeit, Produkte und Bewohner der betreffenden Länder, sondern auch auf die Verbindungswege mit dem Mutterland, sowie auf die physikalisch-geographischen Verhältnisse, welche auf den Verkehr mit Deutschland fördernd und hemmend einwirken, Rücksicht zu nehmen sein. Der ausgesetzte Preis beträgt 100 Thlr. Einlieferungstermin spätestens am 30. Nov. 1863 an Dr. Lange hier; Veröffentlichung der mitwirkten Urtheile im März 1864.

**Nachricht.**

**Telegramme.**

**Berlin**, 6. Febr., Nachmittags. In der heutigen Sitzung des Abgeordneten Hauses verliest der Präsident Grabow die Antwort des Königs auf die Adresse des Hauses. Sie lautet:

Inhalt und Weg der Adresse lassen glauben, daß dem Hause daran gelegen ist, meine persönliche Willensmeinung kennen zu lernen; deshalb ertheile ich Antwort ohne Vermittlung des Ministeriums.

Die Adresse bekundet einen tiefgreifenden Gegensatz, erhebt gegen meine Minister die Anschuldigung verfassungswidriger, budgetloser Verwaltung. Zwar hat das Haus mit Recht jeden Zweifel an meiner Verfassungstreue abgewiesen. Aber die betreffenden Anordnungen der Regierung sind mit meiner Genehmigung geschehen. Ich würde sie nicht zugelassen haben, wenn ich nicht von ihrer Verfassungsmäßigkeit überzeugt wäre. Ich muß das Haus darauf aufmerksam machen, daß das Etatsgesetz die Uebereinstimmung aller gesetzgebenden Gewalten erfordert.

Die Pflicht der Regierung zur Fortführung der Verwaltung wird betont. Die Beschwerde des Hauses wegen Mangels entgegenkommender Vorlagen in der jetzigen Session habe im höchsten Grade befremdet. Die Ankündigungen der Thronrede werden rekapitulirt.

Ich muß diese Beschuldigung als unberechtigt aus voller Ueberzeugung zurückweisen.

Den vorjährigen Budgetbeschlüssen des Hauses konnte die Regierung unmöglich ihre Zustimmung geben. Auch das Herrenhaus verwarf das Budget als unmöglich.

Es wäre eine Ueberschreitung der Befugnisse, wenn das Haus einseitigen Beschlüssen entscheidende Kraft beilegte. Auch ich werde das Ausgaben-Bewilligungsrecht achten und wahren, aber innerhalb der Verfassung.

In Betreff der Loyalitätsadressen habe die Beschwerde unangenehm berührt; der Vorwurf des Nichtpatriotismus sei um so mehr zurückzuweisen, als es nicht unbekannt sei, wie der König persönlich geantwortet habe.

Zu Beschwerden wegen Mißbrauchs der Verwaltung sei keine hinreichende Veranlassung vorhanden, weil über die Presse und Anderes die Gerichte entschieden.

Das Haus werde die Schranken anerkennen, welche durch die Verfassung allen Faktoren gesetzt seien.

Der König beklagt tief den Widerstreit der Ansichten, aber die Rechte der Krone und des Herrenhauses dürften nicht Rechtsansprüchen des Hauses geopfert werden. Entschlossen, die Rechte der Krone zu erhalten: — darauf beruhe Preußens Macht. „Nachdem ich bewiesen, daß ich eine Ausgleichung wünsche, erwarte ich von dem Hause verständliches Entgegenkommen.“

Das Haus hörte die Botschaft stehend und schweigend an.

**Athen**, 31. Jan. Heute legte die provisorische Regierung ihre Gewalt in die Hände der Nationalversammlung nieder. Gestern haben Unordnungen in der Militärschule im Piräus stattgefunden.

Die Nachrichten aus den Provinzen lauten besser. Es wurden viele Räuber eingefangen. Aus Thessalien wird die Ueberhandnahme von Räubereien in den Grenzbezirken gemeldet.

Die Artillerie verweigerte die Annahme ihrer neuen Chefs; die Regierung gab nach. Die Bewohner von Eleusis setzten ihre Behörden ab und erklärten sich gegen die Regierung.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. A. Hermann Kronlein.

**Großherzogliches Hoftheater.**

Sonntag 8. Febr. 1. Quartal. 21. Abonnementsvorstellung. **Der Verschwander**; Original-Zaubermärchen in 3 Akten, von Ferdinand Raimund; Musik von Konradin Kreutzer.

